

33. Ratstreffen:

Antworten von CDU, SPD und GAL auf die Wahlprüfsteine des Zukunftsrats

Jochen Menzel (Sprecher des Zukunftsrats) begrüßte die Anwesenden und verwies auf die ausliegenden Wahlprüfsteine des Zukunftsrats und die zusammengefassten Antworten der Parteien CDU, SPD, GAL, FDP. Beide Dokumente sind auf der Internetpräsentation www.zukunftsrat.de zu finden.

Podium:

CDU: Niels Böttcher – Mitglied im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss

SPD: Ingo Eggloff – Vorsitzender der SPD Hamburg; Mitglied im Wirtschaftsausschuss

GAL: Christian Maaß – Vorsitzender des Umweltausschusses; stellvertr. Fraktionsvorsitz

Moderation: Sven Michael Veit – taz Nord

1. Klimaschutz: Sind auch ordnungspolitische (Zwangs-) Maßnahmen erforderlich ?

SPD: In Neubaugebieten sollen Bebauungspläne verbindliche Standards setzen; bei Altbauten müssen Anreize zur energetischen Sanierung helfen. Bei gewerblichen Vermietern sind Übergangsfristen und staatliche Kredithilfen vorzusehen. Eigenheimbesitzer können nicht zu Sanierungen gezwungen werden.

CDU: Für den Neubau hat der Senat bereits die neue Klimaschutzverordnung erlassen; im Übrigen geben ÖkoProfit und die UmweltPartnerschaft freiwillige Anreize für weitere Sanierungen. Die externen (Klima-)Kosten müssen in die Preise einbezogen und im Mietenspiegel berücksichtigt werden.

GAL: In Bebauungsplänen muss der Passivhausstandard die Regel werden (40 kWh/m² bis 2050). Langfristig – bis 2050 – ist eine Einsparung von fossiler Energie um 80 % erforderlich. Auch Vermieter von Altbauten – jedenfalls die gewerblichen Vermieter wie Wohnungsgesellschaften – müssen zugunsten der Mieter zu Sanierungen verpflichtet werden.

2. Nachhaltigkeitsstrategie: Gibt es eine Hamburger Nachhaltigkeitsstrategie oder müsste sie in Angriff genommen werden ?

SPD: Die Wachsende Stadt ist keine Strategie zur Nachhaltigkeit, sondern nur für „mehr, mehr, mehr“. Das hat negative Auswirkungen auf den Flächenverbrauch. Die von der CDU geforderte jährliche Flächenbereitstellung im Hafen ist unsinnig. Gelitten hat auch die soziale Integration der Stadt. Entscheidend sind zusätzliche Anstrengungen für die Bildung.

GAL: Wachsende Stadt und Nachhaltigkeit sind unterschiedlich. Der Flächenverbrauch ist unter der CDU auf 300 ha pro Jahr gestiegen. Es ist falsch, jährlich 100 ha Fläche allein für Logistikbetriebe zur Verfügung zu halten.

CDU: Die Wachsende Stadt ist ein Nachhaltigkeitsprojekt. Aber auch für soziale Zwecke muss erst einmal Steuergeld hereinkommen. Bei jeder Senatsdrucksache wird nach den Folgen für die Familien und für den Klimaschutz gefragt. Hamburg hat auch viele Naturschutzflächen und zusätzliche Flächenbedarfe werden zumeist auf Konversionsflächen befriedigt.

Moderation: Taz-Nord ist einziger Ansiedler auf der Konversionsfläche Altonaer Bahnhof geblieben; warum geht die Erschließung und Nutzung nicht weiter ?

GAL: Senat scheut die Auseinandersetzung mit dem Eigentümer Bahn. Statt dessen werden eher freie Grünflächen wie in Wohldorf neu erschlossen. Insgesamt sollte das Wachstum angesichts bestehender Konversionsflächen möglichst ohne neue Flächenerschließungen auskommen und im verdichteter Bauweise im Stadtkern stattfinden.

CDU: Wenn private Flächen-Eigentümer nicht wollen, ist der Senat blockiert. Zur Finanzierung sozialer Zwecke müssen Besserverdienende ihren Bedarf nach einem Eigenheim in Hamburg und nicht nur in Pinneberg decken können. Die verfügbaren Flächen müssen insgesamt für eine nachhaltige Entwicklung genutzt werden.

SPD: Der Senat muss erst einmal ein stimmiges Konzept für die Fläche Altonaer Bahnhof vorlegen, dann kann der Eigentümer auch überzeugt werden. Es gibt viel zu viele falsch oder gar nicht genutzte private Gewerbe- und Industrieflächen in Hamburg. Auch ein „Bauen in die Höhe“ kann den Flächenverbrauch reduzieren.

3. Soziale Nachhaltigkeit

GAL: Der von der GAL herausgegebene Stadtteil-Atlas zeigt, dass der Abstand zwischen Arm und Reich größer geworden ist. Das Wohlstandswachstum beschränkt sich auf bestimmte Stadtteile. Es bedarf verstärkter Bildungsmaßnahmen und einer Verbindung von Arbeitsmarktpolitik und Stadtteilarbeit, z.B. durch die Stärkung der lokalen Ökonomie.

CDU: Eine Reihe von Stadtteilen wurden über viele Jahre vernachlässigt, die deutschen Einwohner wurden verdrängt. Das kann nur langfristig ausgeglichen werden. Die Erfolge z.B. der Senkung der Klassenfrequenzen in sozialen Brennpunkten werden sich erst später zeigen. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in den Stadtteilen drohen reguläre Arbeitsplätze vernichten.

SPD: Auch unter der SPD hat sich die soziale Entwicklung in bestimmten Stadtteilen verschlechtert. Aber die CDU hat in der Bildung erst gekürzt – Lehrerstellenabbau, Klassenfrequenz auf über 30, Schließung der Schule in Steilshoop – und nun wieder die Bildungspolitik entdeckt.

4. Was wäre nötig für eine nachhaltige Entwicklung Hamburgs ?

GAL: Vor allem Verbesserungen im Bildungswesen. Die vielen Schulabbrecher wurden allein gelassen. Der Schwerpunkt muss eine Schule für alle sein.

CDU: Entscheidend ist die Bildung; aber keine Gleichmacherei. Die bestehenden 8 bis 9 verschiedenen Schulformen müssen auf ein klares 2-Säulen-Modell reduziert werden.

SPD: Bildung muss schon vor der Schule anfangen: Die Kitas müssen gestärkt und kostenlos angeboten werden (kostet Hamburg 15 Mio €). Der deutsche Spracherwerb ist besonders wichtig. 75 Mio € für nachgehende Maßnahmen zur Integration in die Arbeitswelt sind zu teuer; man muss vorher ansetzen. Ein weiterer Schwerpunkt muss die Förderung von Langzeitarbeitslosen sein.

Diskussion mit den Zuhörerinnen und Zuhörern:

Frage (Prof. Otterpohl, TUHH): Warum fördert Hamburg nicht Pilotprojekte zum Bau von Elektrofahrzeugen zur Umstellung auf eine klimafreundliche Kfz-Flotte ? Strom aus Blockheizkraftwerken könnte die notwendige Energie von umgerechnet nur 2,5 l Kraftstoff liefern. Mit 10% mehr Stromproduktion kann der gesamte Verkehr auf Elektrofahrzeuge umgestellt werden.

CDU: Diese Idee hat einen großen Gegner, die Automobilindustrie. Für eine Förderung der Elektrofahrzeuge ist Druck des Gesetzgebers erforderlich.

GAL: Zumindest die städtischen Dienstfahrzeuge könnten Elektroautos sein. Batterien sollten über Nacht den überzähligen Strom von Windkraftanlagen speichern. Man bräuchte für diese Idee innerstädtische Parkplätze mit Steckdosen.

Frage (Herr Stockhecke, Agenda 21 Volksdorf): Warum nehmen die Parteien das Bürgerschaftliche Engagement für Nachhaltigkeit nicht ernst? Bei der Olympia-Bewerbung wurden die Nichtregierungsorganisationen erst gebraucht, nach dem Misserfolg wieder vergessen. Es ist demütigend, dass der Weltzukunftsrat Millionen Euro erhält und der Zukunftsrat noch nicht einmal eine gesicherte Infrastruktur

CDU: Ich bin kein Haushaltspolitiker.

SPD: Für Hamburg ist z.B. HEINZ (Hamburger Entwicklungs-Indikatoren Zukunftsfähigkeit) des Zukunftsrats wertvoller als der Weltzukunftsrat. Dieser hat für den Senat aber Werbefunktion.

Frage (Delia Schindler, Uni-Projekt NEDS): Sollte der Monitor Wachsende Stadt der Senatskanzlei nicht die Nachhaltigkeit als Leitbild widerspiegeln? Warum fragt die Schulpolitik so wenig nach den Erfahrungen und Kenntnissen der Lehrer/innen vor Ort?

GAL: Die Politik sollte in einem Prozess mit der Zivilgesellschaft konkrete Ziele für die Entwicklung vereinbaren, z.B. zum Flächenverbrauch.

CDU: Es wird ohnehin alles auf Nachhaltigkeit überprüft. Zur Schulpolitik: Die Schulen haben heute weitgehende Autonomie; es gibt Zielvereinbarungen, aber die Schulen können selbst ihr Profil bilden und dabei die Kenntnisse der Lehrer nutzen.

SPD: Die Schulen stehen in Konkurrenz um die Kinder; sie sind deswegen um eigene Schulprogramme bemüht.

Frage: Warum war der autofreie Sonntag nicht bekannt? Er wurde schlecht kommuniziert.

CDU: Er wurde gut beworben und war bekannt.

GAL: Der Autofreie Sonntag wird sich totlaufen. Er muss verbindlicher werden.

Abschlussbemerkung (Jochen Menzel, Zukunftsrat): Zurück zur Nachhaltigkeitsstrategie: Es ist das Anliegen des Zukunftsrats, dass Politik und Zivilgesellschaft sich gleichberechtigt in einem strukturierten Prozess über die zukünftige Entwicklung der Stadt im Sinne einer nachhaltigen Zielsetzung verständigen (Nachhaltigkeitsstrategie). Dies sollte in mögliche Koalitionsvereinbarungen nach der Wahl aufgenommen werden.

Dank an die Parteienvertreter Herren Böttcher, Egloff und Maaß, an den Moderator Herrn Veit und an das Publikum für die konstruktive Diskussion.

Rechenschaftsbericht des alten und Wahl des neuen Koordinierungskreises

Jochen Menzel berichtete zusammenfassend für das Jahr 2007 von den Themen und Aktionen, den Vorträgen / Präsentationen / Diskussionen, von den Kontakten und den offiziellen Stellungnahmen und Briefen des Zukunftsrats sowie von der Medienresonanz auf HEINZ 2006, die Energiestudie und die Aktion Mobilitätstest.

Ulf Skirke (Koordinierungskreis) führte die Wahl zum neuen Koordinierungskreis durch. Die anwesenden Stimmberechtigten legten die Mitgliederzahl des Koordinierungskreises auf 15 fest. Nicht mehr kandidierten Mathias Lintl und Thomas Godehus.

Neu gewählt wurden:

Anita Nemeth-Hesemann (AG nachhaltiger Konsum)

Deliah Schindler (bisher Uni-Projekt NEDS, ab März 2008: Fa.Budnikowski)

Hape Schneider (HafenCity GmbH)

Simona Weisleder (ZEBAU)